



Sozialpolitische Orientierung

Teilhabe sichern –
gleiche Chancen für alle!

Sozialpolitische Orientierung

Teilhabe sichern – gleiche Chancen für alle!

IMPRESSUM

Herausgeber

Sozialverband Deutschland e.V. (SoVD)
Landesverband Hamburg
Pestalozzistraße 38
22305 Hamburg

Telefon 040 / 611 60 70
Telefax 040 / 611 60 750

info@sovd-hh.de
sovd-hh.de

Redaktion

Prof. Dr. Timm Kunstreich
Klaus Wicher
unter Mitarbeit von
Jan-Martin Bettich

Lektorat

Susanne Rahlf

Layout

Stefanie Illigen

Titelbild

© scusi / stock.adobe.com

Copyright

© Sozialverband Deutschland e.V. (SoVD), Landesverband Hamburg, 2019

Inhalt

Teilhabe sichern – gleiche Chancen für alle!	4
Soziale Lage in Hamburg	6
1 Armut und soziale Spaltung	9
2 Seniorinnen und Senioren	10
3 Kinder und Jugendliche	14
4 Familien	17
5 Menschen mit Behinderung	18
6 Gleichstellung der Geschlechter	20
7 Arbeitsmarkt	22
8 Gesundheit und Pflege	24
9 Wohnungsbau und Stadt(teil)entwicklung	26
10 Mobilität	30
Hamburg als starke soziale Stimme im Bund	32

Teilhabe sichern – gleiche Chancen für alle!



Der SoVD ist eine gestaltende Kraft in Hamburg und mit über 21.000 Mitgliedern der größte und leistungsstärkste Sozialverband in der Freien und Hansestadt Hamburg, eine starke Gemeinschaft.

Wir verstehen uns als Sprachrohr für alle benachteiligten Menschen in unserer Gesellschaft und werden uns mit unserer sozialpolitischen Orientierung stärker noch als bisher einmischen.

Der Sozialstaat ist eine der wichtigsten Errungenschaften unserer Gesellschaft und kein Ballast. Vielmehr ist er die unverzichtbare Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg der Bundesrepublik und immer wichtiger für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Der Sozialstaat ist bezahlbar und zukunftsfähig. Dafür brauchen wir einen von allen wesentlichen Kräften getragenen gesellschaftlichen Grundkonsens. Maßstab ist für uns die gesicherte Teilhabe an der Gesellschaft.

Der SoVD setzt sich für eine soziale Ordnung ein, die Solidarität, Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit zum Ziel hat. Die Verwirk-

lichung dieser Ziele muss durch eine offensive, an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Sozial-, Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik stets im Mittelpunkt des Handelns von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft treten.

In dieser Orientierung sind Forderungen enthalten, die in die Programmatiken der politischen Parteien einfließen und ihren Niederschlag in einem Regierungsprogramm finden sollen.

Längerfristig verbindet der SoVD mit dem vorliegenden Positionspapier die Absicht, soziales Denken, das ausschließlich dem Gemeinwohl verpflichtet ist, zu beleben und den dafür notwendigen gesellschaftlichen Grundkonsens anzustoßen und zu festigen. In diesem Sinne versteht sich die Veröffentlichung sowohl als Forderung als auch als Diskussionsangebot an die Politik, an die Parteien und alle gesellschaftlichen Kräfte.

Armut als gesellschaftliches Problem

Hamburg hat sich zu einer gespaltenen Stadt entwickelt, in der Armut und extremer Reichtum ganz nah beieinander sind, ohne sich wesentlich zu berühren.

Die Arbeitslosigkeit und besonders der größer werdende Niedriglohnbereich tragen erheblich zur zunehmenden Armut bei. Gewachsen ist die Armut vor dem Hintergrund politischer Entscheidungen, die nicht unumkehrbar sind. Hierzu gehören die Regelsätze für Hartz IV und die Grundsicherung, ein nach wie vor unzureichender gesetzlicher Mindestlohn sowie Regelungen in der Leiharbeit, die insgesamt unakzeptabel sind und die der SoVD Landesverband Hamburg kritisiert.

Große Probleme kommen zudem in der Zukunft erst auf uns zu und müssen bewältigt werden. Es wird zu einem weiteren deutlichen Anstieg der Altersarmut kommen. In Hamburg müssen mehr als 26.000 Seniorinnen und Senioren Leistungen aus der Grundsicherung beantragen, weil ihre Rente zum Leben nicht ausreicht. Gegenüber 2005 hat sich diese Zahl fast verdoppelt.

Teilhabe für Alle

Hamburg ist eine lebenswerte Stadt. Viele Bürgerinnen und Bürger aber können daran nicht hinreichend teilhaben bzw. sind davon ausgeschlossen. Notwendig ist daher ein engagierter Diskurs über Ursachen und Handlungsmöglichkeiten. Der SoVD Landesverband Hamburg strebt für die Menschen in der Stadt sozialere und gerechtere Lebensumstände an und legt mit diesem Papier entsprechende Vorschläge vor!

Die Teilhabe an den Errungenschaften unserer Gesellschaft bedeutet, dass zugleich Armut beseitigt und zukünftig verhindert wird und gleiche Chancen für alle Menschen gewährleistet werden. Insbesondere gilt es, die Teilhabechancen benachteiligter Menschen deutlich zu verbessern. Hierzu ist ein Konzept zur Armutsbeseitigung erforderlich, das die notwendigen Ziele und Schritte für eine deutliche sozialpolitische Verbesserung in der Stadt benennt. Die Gemeinschaft ist insbesondere in den Politikbereichen Bildung, Soziales, Arbeitsmarkt- und Stadtentwicklung gefordert, interdisziplinär abgestimmte Ziele zu entwickeln, Handlungsoptionen zu erarbeiten und vor allem Verbesserungen auf dem Gebiet einer auf mehr Chancengleichheit ausgerichteten Gesellschaft zu erreichen.

In der vorliegenden sozialpolitischen Orientierung ist unser gesellschaftspolitisches Verständnis beschrieben. In den folgenden Kapiteln machen wir deutlich, wo wir Hand-

lungsbedarf sehen und was in den nächsten Jahren erreicht werden soll. Darüber hinaus werden wir zusätzlich Handlungspläne auch für Themenbereiche vorlegen, die in diesem Programm nicht aufgeführt sind. Die jetzige Fassung spiegelt den Stand der lebhaften Diskussion im SoVD wieder.

Digitales Zeitalter

Der Beginn des „Digitalen Zeitalters“ liegt noch nicht sehr lange zurück und zeigt, mit welcher Geschwindigkeit diese Technologie in unserer Gesellschaft vordringt. Heute erfasst die Digitalisierung praktisch alle Lebensbereiche. Dem kann und dürfen wir uns nicht entziehen. Hamburg muss vor allem aber auf die Bürger- und Freiheitsrechte achten und darf sich nicht an der Speicherung von Daten zum Nutzen privater Kapitalinteressen beteiligen, Voraussetzungen dafür schaffen oder diese gar zur Verfügung stellen. Auch muss darauf geachtet werden, dass niemand von der Gesellschaft ausgeschlossen wird, nur weil er/sie mit digitalen Daten nicht umgehen kann. Nach wie vor muss es ausreichend analoge Zugänge geben.

Ein mitglieder- und finanzstarker SoVD Landesverband Hamburg kann mehr erreichen. Deswegen wünschen wir uns, dass ganz viele Menschen den Weg zu uns finden, um die Ziele des SoVD mit uns umzusetzen. Die Leistungen der Sozialrechtsberatung und -vertretung des SoVD stehen dabei allen Mitgliedern gleichermaßen offen.

Hamburg, August 2019



Klaus Wicher

1. Landesvorsitzender
Sozialverband Deutschland e.V. (SoVD),
Landesverband Hamburg

Soziale Lage in Hamburg

Hamburg zählt zurzeit mehr als 1,83 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Je nach Prognose der Zuwanderung wird ein Bevölkerungsanstieg auf 1,94 Millionen bis zu 2,05 Millionen Menschen im Jahr 2040 erwartet.¹ In Hamburg leben mindestens 42.000 Millionäre und 18 Milliardäre, zugleich sind 18,4 Prozent der Hamburgerinnen und Hamburger im Jahr 2018 von Armut betroffen oder armutsgefährdet.²

Am Jahresende 2017 waren in Hamburg rund 242.700 Menschen teilweise oder vollständig auf staatliche Sozialleistungen angewiesen, um ihr Leben zu bestreiten.³ Bei Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren liegt die Armutrisikoquote bei 25,4 Prozent (2018).⁴ Sie sind im Verhältnis zu anderen Altersgruppen am häufigsten von einkommensbasierter Armut betroffen. Die Armut von älteren Menschen ist erheblich, sie ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich angestiegen. Im März 2019 waren 26.832 Seniorinnen und Senioren

auf Leistungen der Grundsicherung im Alter angewiesen, weil sie ihren Lebensunterhalt nicht selbst bestreiten können.⁵ Hinzukommen 18.291 voll erwerbsgeminderte Menschen, die ebenfalls von Grundsicherung leben müssen.⁶ Im Juli 2019 waren 67.327 Hamburgerinnen und Hamburger arbeitslos gemeldet, von denen 16.824 langzeitarbeitslos, d.h. bereits ein Jahr und länger arbeitslos sind.⁷ Hinzukommen 126.168 Menschen, die als arbeitssuchend registriert waren.⁸ Im September 2018 waren 31.937 Menschen trotz Erwerbstätigkeit darauf angewiesen, ihren geringen Lohn mit Leistungen des Arbeitslosengeldes II aufzustocken, um über die Runden zu kommen.⁹ Fast 40 Prozent der Beschäftigten in Hamburg arbeitet in prekären Arbeitsverhältnissen.

Im Jahr 2017 betrug die durchschnittliche Nettokaltmiete 9,97 €/m² in Hamburg, in Neubauten aus dem Zeitraum 2011 bis 2016 liegt diese bei 14,12 €/m².¹⁰ Zum Jahresende 2017 gab

¹ Statistikamt Nord (2019): Bevölkerungsprognose für Hamburg, Statistik informiert ... Nr. 89/2019. https://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Presseinformationen/SI19_089.pdf.

² Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2019): Hamburg. Armutsgefährdungsquote nach soziodemografischen Merkmalen in % gemessen am Landesmedian, <http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/>.

³ Statistikamt Nord (2018): Sozialleistungsempfängerinnen und -empfänger in Hamburg 2017, Statistik informiert ... Nr. 157/2018, <https://www.statistik-nord.de/zahlen-fakten/soziales/dokumentenansicht/sozialleistungsempfaengerinnen-und-empfaenger-in-hamburg-2017-60757/>.

⁴ Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2019): Hamburg. Armutsgefährdungsquote nach soziodemografischen Merkmalen in % gemessen am Landesmedian, <http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/>.

⁵ Statistisches Bundesamt Destatis (2019): Grundsicherung - Empfängerinnen und Empfänger insgesamt nach Bundesländern, Ort der Leistungserbringung, Altersgruppen und Geschlecht im März 2019, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Soziales/Sozialhilfe/Tabellen/liste-grundsicherung-empfaenger-der-leistungen-alter-geschlecht-3q.html>.

⁶ ebd.

⁷ Agentur für Arbeit Hamburg (2019): Arbeitsmarktreport, Berichtsmonat Juli 2019, 5.

⁸ ebd.

⁹ Bundesagentur für Arbeit Statistik (2019): Erwerbstätige erwerbsfähige Leistungsberechtigte - Deutschland, West/Ost, Länder und Kreise (Monats- und Jahreszahlen) - Oktober 2018, <https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Grundsicherung-fuer-Arbeitssuchende-SGBII/Personengruppen-Bedarfsgemeinschaften/Personengruppen-Bedarfsgemeinschaften-Nav.html>.

¹⁰ Eigene Berechnung basierend auf Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen - Amt für Wohnen (2017): Mietenspiegel 2017 der Freien und Hansestadt Hamburg in EURO, Stadterneuerung und Bodenordnung, <https://www.hamburg.de/contentblob/10014626/52cf66814439845626698dc120cae5/data/d-mietenspiegel-tabelle-2017.pdf>.



© Thomas Reimer / fotolia.com

es 946.199 Wohnungen, davon rund 77.494 geförderte Sozialwohnungen.¹¹ Für 18.229 der Sozialwohnungen läuft bis 2023 die Sozialbindung aus.¹² 11.321 Haushalte waren auf einen Zuschuss zu der Miete angewiesen.¹³ Unter diesen Bedingungen haben einkommensschwache und selbst durchschnittsverdienende Menschen auf dem Wohnungsmarkt so gut wie keine Chance, zumindest aber arge Probleme, passenden Wohnraum zu finden. Der SoVD erkennt die Bemühungen des Hamburger Senats an, den Wohnungsbau deutlich anzukurbeln, was auch gelingt.

14.776 Menschen waren am Jahresende 2017 in Hamburg auf Hilfe zur Pflege angewiesen, weil ihre eigenen finanziellen Mittel und die Unterstützung durch andere Stellen wie z.B. die Pflege-

versicherung nicht ausreichen, um erforderliche Pflegeleistungen bezahlen zu können.¹⁴

Der Blick auf die Sozialdaten bestätigt sich, wenn man mit offenen Augen und Ohren durch Hamburg geht: In unserer Stadt sind viele Menschen von Armut betroffen oder bedroht. Sie können am kulturellen, sozialen und gesellschaftlichen Leben kaum teilhaben oder sind davon gänzlich ausgeschlossen. Eigentlich selbstverständliche Dinge des Lebens sind für zahlreiche Bürgerinnen und Bürger unerschwinglich. Hamburg hat sich zu einer gespaltenen Stadt entwickelt, in der Armut und extremer Wohlstand ganz nah beieinander sind, ohne sich wesentlich zu berühren. Soziale Gerechtigkeit wird oftmals nicht erreicht, stattdessen ist soziale Ausgrenzung alltägliche Realität.

¹¹ Statistikamt Nord (2018): Hamburger Stadtteil-Profile: Berichtsjahr 2017.

¹² ebd.

¹³ Statistikamt Nord (2019): Wohngeld in Hamburg 2018, Statistik informiert ... Nr. 84/2019, <https://www.statistik-nord.de/zahlen-fakten/soziales/sozialleistungen/dokumentenansicht/wohngeld-in-hamburg-2018-61295/>.

¹⁴ Statistikamt Nord (2019): Sozialhilfe in Hamburg 2017, STATISTISCHER BERICHT Kennziffer: K I 1 - j 17, Teil 2 HH. https://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Statistische_Berichte/arbeit_und_soziales/K_I_1_j_H/K_I_1_j17_T2_HH.pdf.



1 Armut und soziale Spaltung

Fast 242.700 Menschen in unserer Stadt sind auf Sozialleistungen angewiesen, um ihr Leben bestreiten zu können.¹⁵ 18,4 Prozent der Hamburgerinnen und Hamburger leben in Armut oder sind von Armut bedroht.¹⁶ Besonders bedrückend sind Kinder-, Alters- und Familienarmut. Die Spaltung der Stadt in Arm und Reich ist ein massives Problem und Hamburg driftet sozial weiter auseinander. Der SoVD Hamburg fordert wirksame Maßnahmen zur Prävention und Linderung von Armut.

Armuts- und Reichtumsbericht

Erforderlich ist alle zwei Jahre ein Armuts- und Reichtumsbericht für Hamburg mit jeweils aktuellen Daten, Zeitvergleichen und sozialräumlicher Betrachtung der sozialen Lage und Entwicklungen.

Konzept gegen Armut

Auf Grundlage des Armuts- und Reichtumsberichts ist ein umfassendes Konzept zur Verhinderung und zum Abbau von Armut zu entwickeln und dieses zügig umzusetzen. Das Konzept ist regelmäßig zu evaluieren und anzupassen.

Kostenfreie kulturelle und sportliche Angebote

Benötigt werden zusätzlich 50.000 kostenfreie kulturelle Angebote (z.B. Theaterplätze) für benachteiligte Menschen pro Jahr. Initiativen wie die Kulturloge Hamburg¹⁷ verdienen deutlich mehr Unterstützung. Sportliche Aktivitäten sollten gefördert und entsprechende kostenfreie Angebote bereitgestellt werden. Diese Angebote sollten gezielt bedürftige Menschen ansprechen, ihnen zur Verfügung stehen und durch Werbung näher gebracht werden.

¹⁵ Statistikamt Nord (2018): Sozialleistungsempfängerinnen und -empfänger in Hamburg 2017, Statistik informiert ... Nr. 157/2018, <https://www.statistik-nord.de/zahlen-fakten/soziales/dokumentenansicht/sozialleistungsempfaengerinnen-und-empfaenger-in-hamburg-2017-60757/>.

¹⁶ Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2019): Hamburg. Armutsgefährdungsquote nach soziodemografischen Merkmalen in % gemessen am Landesmedian, <http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/>.

¹⁷ www.kulturloge-hamburg.de

2 Seniorinnen und Senioren

In Hamburg leben heute mehr als 341.724 Menschen, die 65 Jahre und älter sind. Sie machen fast 18,2 Prozent der Bevölkerung aus.¹⁸ Prognosen zufolge werden im Jahr 2035 rund 425.000 Hamburgerinnen und Hamburger, dieses Alter erreicht haben.¹⁹ Wachsen wird vor allem der Anteil der Hochbetagten. Damit sind die „Älteren“ eine große Gruppe in Hamburg, der wir Aufmerksamkeit schenken müssen. Ältere Menschen haben überwiegend den Wunsch, so lange wie möglich in ihrem angestammten Wohnquartier zu bleiben. Dafür müssen die Voraussetzungen geschaffen werden. Ältere Menschen brauchen mehr und bessere Möglichkeiten, am gesellschaftlichen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben in den Quartieren vor Ort und in der Stadt teilzuhaben und dieses mitzugestalten. Ihre Beteiligung fördert Lebensqualität, Aktivität und Sinnstiftung für ältere Menschen ebenso, wie die Einrichtung einer Infrastruktur in den Stadtteilen. Für Unterstützung und Pflege bei entsprechender Hilfebedürftigkeit muss mit guter Qualität gesorgt werden. Vor allem den mehr als 53.000 armutsgefährdeten älteren Menschen muss mehr Aufmerksamkeit zukommen, damit auch sie nach einem langen Arbeitsleben die Chance haben, an der Gesellschaft teilzuhaben.

Zuschlag zur Grundsicherung im Alter (SGB XII) einführen

Hamburg sollte aus eigenen Mitteln den Grund-

sicherungsempfängerinnen und -empfängern (SGB XII) monatlich mindestens 20 Euro zusätzlich bezahlen, um so den höheren Lebenshaltungskosten in Hamburg Rechnung zu tragen. Auf die Erfahrungen die München und Landkreise in Bayern bereits gemacht haben, könnte die Stadt aufbauen.

»QuartierAngebote« für eine integrierte Altenhilfe schaffen

Die Bezirklichen Seniorenberatungsstellen sind als unabhängiger, stadtteilbezogener Fachdienst für ältere Menschen ab 60 Jahren in »QuartierAngebote« in Form von quartiersbezogenen Zentren einzubinden.²⁰ Sie leisten einen bedeutenden Beitrag, um älteren Menschen das Leben in der gewohnten Umgebung zu erleichtern und ihre Selbstständigkeit zu erhalten.

Die bereits bestehende Seniorenberatung ist zuständig für Beratung von Hilfe suchenden älteren Menschen und deren Unterstützung bei der Bewältigung altersbedingter Schwierigkeiten. Liegen sozialhilferechtliche Voraussetzungen vor, können konkrete Leistungen festgesetzt und finanziert werden. Pflegefachkräfte stellen in bestimmten Fällen die Pflegebedürftigkeit älterer Menschen fest.

In der Seniorenberatung sind Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter tätig, die in Fragen der Altenhilfe und Pflegefachkräfte beraten und unterstützen. Die Stadt finanziert hier bereits Fachkräfte, die u. a. auch in der aufsuchenden Seniorenarbeit tätig sind.²¹

Auf diesem Gerüst soll dezentral aufgebaut werden, um Angebote vor Ort in den Quartie-

¹⁸ Statistikamt Nord (2018): Hamburger Stadtteil-Profile: Berichtsjahr 2017.

¹⁹ Statistikamt Nord (2015): STATISTISCHE BERICHTE Kennziffer: A I 8 - j 15 HH Bevölkerungsentwicklung 2015 bis 2035, Ergebnisse der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, 6 f.

²⁰ Vgl. SoVD Hamburg (2019): Konzept »QuartierAngebote« für eine integrierte Altenhilfe. Seniorinnen und Senioren in ihren Quartieren unterstützen.

²¹ Vgl. Klaus Wicher (2013): Auf dem Weg zur seniorenrechtlichen Stadt?, 100 ff.

ren zu bündeln. Sie sind die neuen **Zentren im Bezirk** und bündeln vorhandene Netzwerke. Hieraus können sehr schnell regionale Unterstützungszentren und -angebote entwickelt werden, die auch die **aufsuchende Seniorenarbeit** beinhaltet. Konzeptionell könnte so ein wohnortnahes Geflecht entstehen, das zum Ziel hat, Altersarmut, aber auch generelle Armut in Hamburg, zielgerichtet zu bekämpfen.

Die Zentren erhalten ein Budget, um Räume und festes Fachpersonal (in der Regel Sozialpädagoginnen und -pädagogen sowie Bürokräfte) finanzieren zu können. Für diverse Leistungen, über die vor Ort entschieden werden können, stehen weitere Finanzmittel zur Verfügung. Der präventive Hausbesuch, der in Hamburg als gesonderte Leistung ausgewiesen wird, ist selbstverständlich integrierter Bestandteil der Tätigkeit der Zentren. Das ist erkennbar sinnvoller, weil alle anderen Hilfen und Angebote vor Ort verfügbar und vernetzt vorhanden sind und alles aus einer Hand geleistet werden kann.²² Die Arbeit der Zentren

muss auf die Teilhabe der Seniorinnen und Senioren ausgerichtet sein. Entsprechend dieses Selbstverständnisses agieren die Angebote als

- Hilfeinrichtungen zur Bekämpfung von Armut (auch aber nicht nur im Alter).
- Ansprechpartner für alle älteren Menschen im Stadtteil, sowie für Personen aus ihrem privaten Umfeld, unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung, Herkunft, Hautfarbe, Religion, Bildung, Behinderung und sozialem, ökonomischem Status.
- Wegbegleiter im Alter.
- Schule für gelingendes Altern.
- Stadtteilzentrum.
- Regionale Lotsen- und Vernetzungsfunktion im System der Altenhilfe.

Nicht zuletzt wegen der wachsenden Zahl von älteren Menschen sowie der sich in Armut befindenden Seniorinnen und Senioren wird die Bedeutung dieses Angebotes stark zunehmen



© olly / stock.adobe.com

²² Vgl. Vorschlag des SoVD dazu.



© De Visu / fotolia.com

und auch einen entsprechenden personellen und sachlichen Ausbau notwendig machen. Es muss nicht nur ihre Anzahl in den Bezirken/Stadtteilen erhöht werden, sondern auch ihre Bekanntheit, um den Seniorinnen und Senioren dieses Angebot besser zugänglich zu machen. Hierzu gehört eine aktive Öffentlichkeitsarbeit vor Ort. Der Ausbau der Zentren trägt existenziell dazu bei, Armut in den Quartieren zu lindern und zu bekämpfen.

Seniorentreffs in den Bezirken erhalten und ausbauen

Derzeit gibt es in den Bezirken 90 Seniorentreffs und vergleichbare Einrichtungen, davon befinden sich im Bezirk Hamburg-Mitte 22, im Bezirk Wandsbek 19, im Bezirk Hamburg-Nord 17, im Bezirk Altona 10, im Bezirk Eimsbüttel 9, im Bezirk Harburg 7 und im Bezirk Bergedorf 6.²³ Aus Kostengründen werden einzelne der Seniorentreffs in Frage gestellt

bzw. Leistungen eingeschränkt. Besonders, wenn aus Altersgründen für die ehrenamtliche Betreuung eine Nachfolge gefunden werden muss, droht die Schließung. Gebraucht werden sie aber alle. Denn viele Rentnerinnen und Rentner sind auf Treffpunkte ohne Verzehrzwang angewiesen. Die notwendige Weiterentwicklung des Konzepts der Seniorentreffs muss die Integration in die Zentren und den Gedanken der Teilhabe weiterverfolgen, ohne den Bestand in Frage zu stellen (vgl. Bezirksliche Seniorenberatungsstellen weiter regionalisieren und ausbauen). Für jeden Seniorentreff sind 0,5 Stellen das personelle Minimum, außerdem müssen sie die Möglichkeit bekommen sich den veränderten Bedarfen anzupassen.

Barrierefreier Zugang zur Eingliederungshilfe für Senioren

Seniorinnen und Senioren mit Behinderung sind auf einen barrierefreien Zugang zur Ein-

²³ Vgl. Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (2019): Liste der Hamburger Seniorentreffs. <http://www.hamburg.de/seniorentreffs/128516/liste/>.

gliederungshilfe angewiesen. Weder dürfen Maßnahmen beschnitten noch durch Zugangshemmnisse verweigert werden. Die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes ist bedarfsgerecht und zügig zu vollziehen. Es ist darauf zu achten, dass Menschen mit Behinderung hieraus keine Nachteile entstehen. Dafür muss die Stadt Mittel zur Verfügung stellen. Weiterhin sollte sie Angebote wie die Kulturloge stärker bewerben, um diese einer breiten Bevölkerungsschicht bekannt zu machen.

Seniorenmitwirkung verankern

Die Seniorenmitwirkung ist zwar in einem eigenen Gesetz geregelt, dennoch findet sie in der bezirklichen Politik nicht hinreichend statt. Um den bezirklichen Seniorenbeiräten stärker Gehör zu verschaffen, sollten sie eigene Mitwirkungs- und Anhörungsrechte im Beratungsgang der Bezirksversammlungen erhalten. Dies sollte durch Aufnahme entsprechender Regelungen in die jeweiligen Geschäftsordnungen der Bezirksversammlun-

gen geschehen. Der SoVD fordert von allen Bezirksversammlungen die Einrichtung eines Ausschusses mit der eindeutigen Zuständigkeit für die Seniorenarbeit und Klarheit darüber, welche ihrer Kandidaten sich dafür bereithalten. Generell sollten Hamburgs große Seniorenvertretungen (z. B. DGB-Senioren, SoVD) einen Pflichtplatz im Landesseniorenbeirat und den Bezirksseniorenbeiräten erhalten, um diese zu stärken und für eine nachhaltige Politik zu sorgen. Mit der künftigen kommunalen Pflegestrukturplanung in den Stadtteilen kommt auf die Bezirke noch eine bedeutende fachliche Aufgabe zu. Im Rahmen des Paktes für Prävention sind in den Bezirken »Gesundheitskonferenzen« entstanden, bis hin zu einem kommunalen Gesundheitsförderungsmanagement (Bergedorf). Unterdessen sind die bezirklichen Anstrengungen zur Gesundheitsförderung zu einer Vielfalt gelangt, die eine bezirksübergreifende Abstimmung mit der Fachbehörde notwendig erscheinen lassen.

3 Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche bedürfen der ganz besonderen Förderung und Fürsorge unserer Gesellschaft. Die Kinder- und Jugendarbeit ist neben der Bildung und Erziehung in Elternhaus, Kindergarten, Schule und beruflicher Ausbildung ein wichtiger Bildungsbereich in der Freizeit. Sie trägt zur Persönlichkeitsentwicklung bei, notwendige personale und soziale Kompetenzen werden angeregt und vermittelt. Skandalös ist die große Zahl der in Armut aufwachsenden jungen Menschen in Hamburg: fast 79.000 Kinder und Jugendliche sind in unserer Stadt von Armut betroffen oder armutsgefährdet. Kommt auch noch Bildungsferne im Elternhaus hinzu, sind diese jungen Menschen in unserer Gesellschaft quasi chancenlos. Um ihnen mehr Chancen zu ermöglichen, müssen die **Angebote der freien und offenen Kinder- und Jugendhilfe** auf solider Basis ausgebaut werden. Der SoVD empfiehlt, die Versäulung in Organisation, Verwaltung und Gesetzgebung **zu Gunsten eines übergreifenden Ansatzes** zu überwinden. Dies ist bei der

Einrichtung neuer Behördenstrukturen mit zu bedenken.

ASD personell besser ausstatten, qualifizieren und besolden

Der Allgemeine Soziale Dienst (ASD) in den Bezirken ist ein maßgeblicher Faktor für das soziale Klima vor Ort. Soziale Problemstellungen der Bürgerinnen und Bürger müssen hier konkret und im Einzelfall gelöst werden. In den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerät der ASD nur selten, allenfalls in Verbindung mit tragischen Todesfällen. Engagierte Arbeit in den Sozialdienststellen erfordert aber auch einen engagierten Dienstherrn, der durch angemessene Ausstattung und Arbeitsbedingungen (u.a. auch rechtliche Absicherung) den Einsatz seiner Beschäftigten honoriert. Der SoVD fordert eine weitere **Einstellungs- und Qualifizierungsoffensive** für den ASD und die Sicherstellung von regelmäßigen Supervisionen für alle Mitarbeitenden. Die sozialpädagogische, familienbezogene Arbeit des ASD sollte wieder im Vordergrund stehen, die nicht zuletzt durch ein modernes EDV-Fallmanagement unterstützt wird.





© karelnoppe / stock.adobe.com

Die **Hilfen zur Erziehung** sollen ohne sachfremde finanzielle Vorbehalte gegeben werden. Längere Wartezeiten zwischen Antragstellung und Bewilligung sind nicht akzeptabel. Der SoVD fordert die Einhaltung der im SGB IX definierten Laufzeit von Antragstellung und Bewilligung. Notwendig scheint dafür auch eine bessere Personalausstattung in der Leistungsgewährung der **Eingliederungshilfe** bei den Grundsicherungsämtern und dem Fachamt Eingliederungshilfe in Wandsbek. Das persönliche Budget ist besonders zu fördern und Antragssteller zu unterstützen.

Einsetzen einer permanenten Expertenkommission

An die Arbeit der mittlerweile abgeschlossenen Enquete-Kommission „Kinderschutz und Kinderrechte“ der Hamburger Bürgerschaft ist anzuknüpfen. Dazu sollte der ASD die Erkenntnisse aus anderen Bundesländern und aus der Wissenschaft stärker nutzen. Hierzu sollte der Senat eine Kommission aus Praktikern und Wissenschaftlern einsetzen.

Kindeswohl-Schutz: Kinderschutzbericht verbessern

Der Kinderschutzbericht muss weiterentwickelt werden: Die Erhebungsmethode sollte professionalisiert und die Ergebnisse in einem mehrstufigen Prozess analysiert werden. Diese sollten laufend hinterfragt werden, um die Arbeitsprozesse flexibel an Änderungen anpassen zu können.

Offene Kinder- und Jugendarbeit stärken

Viele Kinder und Jugendliche verbringen heute tagsüber länger Zeit in der Schule. Der SoVD begrüßt den Ausbau der Ganztagschule, weil sie vielen Jungen und Mädchen auch bessere Integrationschancen bringt. Für die bewährten Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit verändern sich der Rahmen ihrer Tätigkeit und die an sie gestellten Anforderungen. Sie müssen ihr Angebot auf die neuen Bedingungen ausrichten, ohne es qualitativ zu verkürzen. Für die Jugendhilfeausschüsse der Bezirksversammlungen bedeutet dies eine große Herausforderung, denn sie müssen steuernd und gestaltend eingreifen. Angesichts der sich

verschärfenden sozialen Spaltung in der Stadt – 61.592 Hamburger Kinder und Jugendliche (April 2019) sind auf Hartz IV angewiesen – kommt es jetzt darauf an, die Angebote der Einrichtungen auf die Unterstützung besonders benachteiligter Kinder und Jugendlicher auszurichten.²⁴ Dazu könnten die früheren Einsparungen in Höhe von zehn Prozent in die freie Kinder- und Jugendhilfe fließen und damit ihre Eigenständigkeit zu stärken. **Tariferhöhungen müssen vollständig ausgeglichen werden und dürfen nicht zu Leistungskürzungen führen.** Der Gestaltungsprozess sollte von einer regelmäßigen externen wissenschaftlichen Evaluation begleitet werden.

Kinderbetreuung qualitativ verbessern

So sehr es zu begrüßen ist, dass ausreichend Kinderbetreuungsplätze zur Verfügung stehen, so sehr ist auch auf die Qualität der dort geleisteten Arbeit zu achten. Denn es geht nicht um die Verwahrung von Jungen und Mädchen, sondern vielmehr um ihre Förderung. Es ist eine **achtstündige kostenfreie Betreuung** schnellstmöglich genauso anzustreben wie ein Betreuungsaufbau für Schichtarbeiterinnen und Schichtarbeiter.

Kostenfreies Mittagessen und Frühstück in Schulen und Kitas

Kindern und Jugendlichen im schulpflichtigen Alter sollte nicht nur ein gesundes, kindgerechtes Mittagessen sondern auch ein kostenfreies Frühstück angeboten werden. Dafür sollten nachhaltige Bio-Produkte zum Einsatz kommen. Viele Jungen und Mädchen leiden an Übergewicht, hier könnten die Einrichtungen zu einer besseren Ernährung beitragen.



²⁴ Bundesagentur für Arbeit Statistik (2019): Bedarfsgemeinschaften und deren Mitglieder - Deutschland, West/Ost, Länder und Kreise (Monatszahlen) - April 2019, <https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Grundsicherung-fuer-Arbeitsuchende-SGBII/Personengruppen-Bedarfsgemeinschaften/Personengruppen-Bedarfsgemeinschaften-Nav.html>



© Waldbach / stock.adobe.com

4 Familien

Analysen zur Entwicklung der Einkommensverteilung in Deutschland zeigen, dass sich die Einkommenssituation für Familien mit Kindern erheblich verschlechtert hat. Seit Beginn der 1970er Jahre ist die relative Einkommensarmut bei ihnen von einem zunächst durchschnittlichen Niveau von sieben Prozent auf ein vergleichsweise überdurchschnittlich hohes Niveau von zwölf Prozent im Jahr 1998 und 13,3 Prozent im Jahr 2006 gestiegen.²⁵ Dieses Bild zeigt sich auch in Hamburg. Die Armutsgefährdungsquote von Familien mit mehreren Kindern lag im Jahr 2018 bei 38,1 Prozent.²⁶ Besonders gravierend ist das Problem bei geringfügig beschäftigten Personen wie auch bei Alleinerziehenden und Mehrkinderfamilien.

Familienberatungszentren quartiersbezogen ausbauen

Familienberatungszentren sind wichtige Einrichtungen, die Familien im Lebensalltag helfen und unterstützen. Ihre Beratungstätigkeit ist oftmals eine wichtige Stütze bei der Alltagsbewältigung. Gerade für Familien mit vielen Kindern sind sie unverzichtbar. Ein quartiersbezogener Ausbau und die Einbindung in Zentren bieten sich hier an.

Hilfen zur Erziehung häufiger einsetzen

Wenn Beratung und Unterstützung in den Familien frühzeitig erfolgen, kann mit den Hilfen zur Erziehung, sehr viel erreicht werden. Besonders benachteiligte Kinder und Jugendliche könnten hierdurch profitieren. Hierfür sollten deutlich mehr sozialräumliche Ansätze entwickelt werden.

²⁵ Träger, Jutta (2009): Familienarmut: Ursachen und Gegenstrategien. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung DAS PARLAMENT 17/2009, S. 33-38.

²⁶ Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2019): Hamburg. Armutsgefährdungsquote nach soziodemografischen Merkmalen in % gemessen am Landesmedian, <http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/>.



© Jenny Sturm / fotolia.com

5 Menschen mit Behinderung

Am Jahresende 2017 wohnten in Hamburg 126.895 Menschen mit einer Schwerbehinderung.²⁷ Viele psychisch behinderte und hörgeschädigte Menschen sind in dieser Statistik nicht berücksichtigt. Insbesondere auf dem Arbeitsmarkt sind Menschen mit Behinderung nach wie vor benachteiligt. Sie finden deutlich schwerer einen Arbeitsplatz als nichtbehinderte Menschen. Wir sind hier noch ein ganzes Stück von einer gelungenen Inklusion entfernt.

Arbeitsstellen in Betrieben und Verwaltung schaffen

Bürgerschaft und Senat müssen sich stärker engagieren. Dazu gehört einerseits, bei den Unternehmen zu werben und andererseits, die Schaffung von Jobs im städtischen Umfeld.

Die Beschäftigungsquote für schwerbehinderte Menschen liegt im öffentlichen Dienst bei sieben Prozent (2017).²⁸ Damit erfüllen die Arbeitgeber ihre Verpflichtung, nach § 71 SGB IX, wenigstens fünf Prozent der Arbeitsplätze an schwerbehinderte Menschen zu vergeben. Die Stadt muss allerdings auch auf die private Wirtschaft als Korrektiv einwirken und die Einstellung schwerbehinderter Menschen vehementer einfordern.

Inklusion als Normalität: Sozialraum verlässlich gestalten

Die Neuorientierung dieser Hilfsangebote auf sozialräumliche Nähe ist eine der großen sozialpolitischen Aufgaben der Gegenwart. Mit der Reform durch das Bundesteilhabegesetz hat diese Aufgabe neuen Schwung bekommen. Wird Inklusion zur Normalität, ist das eine Chance für alle Bürgerinnen und Bürger auf ein sozialeres Lebensumfeld, in dem Hilfe immer in der Nähe ist. Kommunale Politik muss diese Thematik

²⁷ Statistikamt Nord (2018): Schwerbehinderte in Hamburg 2017, Statistik informiert ... Nr. 80/2018, <https://www.statistik-nord.de/zahlen-fakten/gesundheit-pflege/dokumentenansicht/schwerbehinderte-in-hamburg-2017-60406/>.

²⁸ Bundesagentur für Arbeit Statistik (2019): Schwerbehinderte Menschen in Beschäftigung (Anzeigeverfahren SGB IX) - (Jahreszahlen) Hamburg 2017. <https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Beschaeftigung/Beschaeftigung-schwerbehinderter-Menschen/Beschaeftigung-schwerbehinderter-Menschen-Nav.html>

ernst nehmen und eine – soziale – Nahraumversorgung in den Fokus rücken. Eine ausgewogene Präsenz von medizinischen Einrichtungen bis hin zu solchen der psychosozialen Betreuung ist eine ständige Aufgabe. Es gibt zahlreiche Unterstützungsangebote in Hamburg, die zunehmend auch transparent dargestellt sind. Die Angebotsvielfalt in sozialräumlicher Nähe erschließt sich für Unterstützungsbedürftige jedoch nicht von allein. Mit dem Projekt »Q8« wurde beispielhaft aufgezeigt, wie mit überschaubarem Personalaufwand sozialräumliche Vernetzung im Stadtteil erfolgreich gestaltet werden kann. Nach diesem Vorbild sollte in den Bezirken aktiv vorgegangen werden, um in jedem Stadtteil ein engmaschiges Netz kooperierender sozialer Einrichtungen aufzubauen. Die notwendigen **Mitteldafür sind bereit** zustellen. **Der Ausbau von Sozialraumzentren kann die aufsuchende Hilfe** nicht ersetzen, sondern nur ergänzen. Notwendig bleibt eine Form von Stadtteilsozialarbeit, welche sich zu den Menschen begibt und sie in ihrem direkten Lebensumfeld unterstützt. Nicht alle Unterstützungsbedürftigen können oder wollen in Zentren gehen. Auch die Arbeitsmarktpolitik, namentlich die Arbeitsförderung, sollte aus dem Sozialraum neue Impulse erhalten durch eine kommunale Ausrichtung von Maßnahmen zur Förderung von Qualifizierung und Arbeit. Dies erfordert einen deutlichen Ausbau regionaler Angebote, der Beratung und Assistenz. Die Leistungsträger müssen ihre Maßnahmen besser miteinander abstimmen. Notwendig sind nicht Sanktionen der Arbeitsverwaltung, sondern bedarfsgerechte, hochwertige Unterstützung der Arbeitslosen. Dabei müssen ganzjährig ausreichend **Fördermittel für die Integration schwerbehinderter Menschen in Arbeit** zur Verfügung stehen und qualitativ hochwertige Arbeitsplätze angestrebt werden.

Eingliederungshilfe im vollen Umfang erhalten

Es dürfen grundsätzlich keine Leistungskür-

zungen vorgenommen werden. Über bestehende Rechtsansprüche muss ausreichend und transparent informiert werden. Das **persönliche Budget** sollte denjenigen, die dies beantragen, inklusiv **ohne Zugangsbeschränkung** gewährt werden. Dafür müssen bestehende Zugangshürden beseitigt, sowie das Personal vorbereitet und geschult werden. Regelmäßige externe Supervisionen tragen dazu bei, dieses Instrument gut zu begleiten und weiter zu entwickeln.

Sozialpsychiatrie erhalten und ausbauen

Im Bereich Sozialpsychiatrie müssen auch kleinere Anbieter auskömmlich verbleiben können, nur so kann der volle Zugang zu medizinisch induzierten Leistungen erhalten bleiben. Der Verweis auf andere Leistungsträger (Kranken-/Pflegekassen) darf nicht haushaltspolitisch motiviert sein und nicht zum Regelfall werden. In jedem Fall muss geleistet werden, wenn andere Zugänge z. B. zu Therapeuten durch lange Wartezeiten verstellt sind.

Barrierefreiheit auch in der Privatwirtschaft

Nach wie vor fehlt es an barrierefreien Zugängen in vielen Bereichen wie bei Banken (Bedienung von Geldautomaten) und Gaststätten (Toiletten). Bürgerschaft und Senat sind aufgefordert, mit der Privatwirtschaft Abmachungen hinsichtlich eines verbesserten Zugangs zu barrierefreien Angeboten abzuschließen.

Angebot beruflicher Rehabilitation

Mit der Perspektiv-Kontor Hamburg GmbH (PEPKO) verfügt der Hamburger Senat über ein ausgezeichnetes Instrument, um hochwertige berufliche Rehabilitation in der Stadt zu gewährleisten. Diese Einrichtungen werden privatisiert. Der Senat kann allerdings nicht aus seiner Verantwortung entlassen werden, für hochwertige berufliche Rehabilitationsangebote zu sorgen.

6 Gleichstellung der Geschlechter

Die Gleichstellung von Mann und Frau ist dem SoVD Hamburg ein wichtiges Anliegen, insbesondere nach 100 Jahren Frauenwahlrecht. Frauen haben noch immer ein um 21 Prozent geringeres Einkommen als Männer.²⁹ Trotz besserer Schulabschlüsse haben sie schlechtere berufliche Möglichkeiten. Sie sind im Alter und als Alleinerziehende erheblich armutsgefährdet, sie sind potenziell häuslicher Gewalt ausgesetzt und sie haben aufgrund von Doppel- und Mehrfachbelastungen weniger Freizeit. Kinder dürfen kein Grund für ökonomische Abhängigkeit und Armut sein; dies gilt im gleichen Maße bei der Pflege Angehöriger. **Hamburg soll sich zum Vorreiter für die Gleichstellung entwickeln.** Die nachfolgenden Punkte gilt es seitens des Hamburger Senat zu beachten und zu realisieren:

- Umsetzung des gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms des Senats³⁰
- Erfüllung des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) mit besonderer Berücksichtigung der Belange behinderter Frauen und Mädchen
- Ausbau der kostenfreien Kinderbetreuung auf acht Stunden pro Tag mit hohen qualitativen Standards
- für Schicht- und Nacharbeiterinnen nächtliche Unterstützungen im häuslichen Bereich
- flexiblere, längere Öffnungszeiten von Kitas
- mehr Wohnprojekte für obdachlose Frauen und bedarfsgerechter Ausbau der Frauen-

häuser, respektive entsprechenden (barrierefreien) Wohnraum zur Verfügung stellen

- Durchsetzung der Frauenquote und Equal-Pay, nicht nur in öffentlichen Unternehmen
- Gleichstellungsbericht, der alle Lebens- und Arbeitsbereiche von Frauen in Hamburg erfasst, einmal pro Legislaturperiode der Bürgerschaft vorlegen
- öffentliche Aufträge und Flächen nur noch an Firmen vergeben, die Gleichstellungspläne entwickeln und umsetzen
- Einsatz spezieller arbeitsmarktpolitischer Instrumente, um mehr Frauen als bisher eine existenzsichernde Erwerbstätigkeit zu ermöglichen und damit das Risiko der weiblichen Altersarmut zu verringern

Wir fordern den Hamburger Senat auf, sich für folgende Themen im Bund stark zu machen:

- Abschaffung des Betreuungsgeldes zugunsten von mehr Investitionen in die frühkindliche Bildung und damit in die Qualität der Kitas u.a. durch Verbesserung des Betreuungsschlüssels
- Armut von Frauen bekämpfen
- keine Anrechnung der Mütterrente für Grundsicherungsempfängerinnen
- keine Anrechnung des Kindergeldes auf Hartz IV Leistungen
- Entwicklung von arbeitsmarktpolitischen Instrumenten, um mehr Frauen als bisher eine existenzsichernde Erwerbstätigkeit zu ermöglichen und damit das Risiko der weiblichen Altersarmut zu verringern
- bundesweite Regelung zur Finanzierung der Frauenhäuser und ihren Betrieb sowie des Unterhalts der Frauen

²⁹ Statistisches Bundesamt Destatis (2019): Gender Pay Gap, https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/VerdiensteArbeitskosten/VerdiensteVerdienstunterschiede/Tabellen/UGPG_01_Gebietsstand.html.

³⁰ Siehe hierzu auch die Forderungen und Positionen des Hamburger Landesfrauenrates e.V.



7 Arbeitsmarkt

12,50 Euro Mindestlohn!

Die Parteien in der Hamburgischen Bürgerschaft und der Hamburger Senat werden aufgefordert, in ihren Einflussmöglichkeiten schnellstmöglich den Mindestlohn von 12,50 Euro durchzusetzen. Weiterhin sollte jedes Jahr eine Anpassung in Höhe der allgemeinen Lohn- und Gehaltssteigerungen vorgenommen werden. Im Bund sollen sich Bürgerschaft und Senat aktiv für die Umsetzung dieses Mindestlohnes einsetzen.

Integration von Langzeitarbeitslosen fördern, Beschäftigungsträger stärken

Die Zahl der Langzeitarbeitslosen in Hamburg ist seit vielen Jahren auf einem sehr hohen Niveau, ohne dass eine merkliche Trendwende eingetreten ist. Von 2009 bis heute waren

etwa zwischen 16.700 und 24.000 Menschen betroffen. Ihre beruflichen Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt sind gering. Wenn sie den Sprung schaffen, landen sie eher unsanft in prekärer Beschäftigung, oftmals im Niedriglohnssektor. Nach Angaben des IAB gibt es zudem einen „Drehtüreffekt“ zwischen diesen beiden Armutsbereichen. Die Chancen langzeitarbeitsloser Menschen sind auch deswegen so gering, weil diese Gruppe zumeist mit mehreren sogenannten Eingliederungshemmnissen zu kämpfen hat: Es fehlen Schulabschlüsse bzw. eine qualifizierte Berufsausbildung, oder die Schulabschlüsse sind zu niedrig, um eine dauerhafte, den Lebensunterhalt sichernde Beschäftigung zu finden. Hinzu kommen gesundheitliche und familiäre Beeinträchtigungen, die sich hemmend auswirken. Fast hat man den Eindruck, es handelt sich bei dieser Gruppe um einen vergessenen und abgehängten Teil der Gesellschaft.

Etwas Mut macht das Programm zum Ab-



bau von Langzeitarbeitslosigkeit der Bundesregierung (Teilhabechancengesetz), das den Jobcentern weitere Möglichkeiten an die Hand gibt, arbeitsmarktferne Langzeitarbeitslose ohne bzw. ohne verwertbaren Berufsabschluss bei der Integration in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu unterstützen. Der SoVD unterstützt das Ziel, diese Menschen in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Gleichwohl darf man sich nicht der Illusion hingeben, dass dies in einem bedeutenden Umfang gelingen wird. Daher sind die Beschäftigungsträger massiv zu unterstützen und dieser Ansatz mit der Quartiersentwicklung zu verbinden. Die ersten veröffentlichten Zahlen (2019) zeigen, dass der SoVD mit seiner Meinung leider recht behält. Wir fordern:

- Beschäftigungsträger erhalten eine Basisunterstützung, die ihren Bestand nachhaltig sichert
- neue Beschäftigungsträger sind zu gründen
- Co-Finanzierung für Maßnahmen bei den Beschäftigungsträgern durch den Senat
- Beschäftigungsträger bei der Qualifizierung von Beschäftigten für den ersten Arbeitsmarkt konzeptionell und finanziell unterstützen

Sozialen Arbeitsmarkt aufbauen, öffentlichen Beschäftigungssektor ausbauen

Es ist unstrittig, dass viele langzeitarbeitslose Menschen mit den bestehenden Instrumenten der Arbeitsvermittlung nicht in Arbeit kommen können, dass die Vermittlung oftmals länger dauern würde und dass Vermittlungsbemühungen nicht zu einer Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt führen. Diese grundlegende Einschätzung wird sich auch durch die neue, zu begrüßende Initiative des Bundes (Teilhabechancengesetz), nicht ändern.

Der Senat ist daher aufgefordert, Arbeitsplätze in der öffentlichen Verwaltung und in den mit Hamburg verbundenen Unternehmen in größerer Zahl bereit zu stellen. Darüber hinaus sind die Beschäftigungsträger dauerhaft zu stärken (siehe oben), indem man für eine Basisfinanzierung sorgt und zusätzliche Mittel zur Verfügung stellt, wenn diese eine größere Zahl von Langzeitarbeitslosen beschäftigen. Dies muss sich im Haushalt der Freien und Hansestadt niederschlagen.³¹ **Insbesondere muss sich der Senat am Aufbau eines sozialen Arbeitsmarktes mit Haushaltsmitteln beteiligen**, der mindestens 3.000 Langzeitarbeitslosen zu Gute kommt.

³¹ Ausführlich in: Konzept Integration Langzeitarbeitsloser in Beschäftigung, SoVD Landesverband Hamburg

8 Gesundheit und Pflege

Ungleichverteilung der medizinischen Versorgung auflösen

Der „Morbidityatlas“ der Gesundheitsbehörde zeigt deutlich die ungleiche Verteilung der niedergelassenen Ärzte in den einzelnen Hamburger Stadtteilen. Trotz Verbesserungen ist die grundlegende ungleiche Verteilung geblieben. Die Benachteiligung geht einher mit der individuellen sozialen Situation der Menschen dieser unterversorgten Stadtteile (unterdurchschnittliche Einkommen, Arbeitslosigkeit, Altersarmut etc.) und hat unstreitig negative Auswirkungen auf den Gesundheitszustand ihrer Bürgerinnen und Bürger. Der SoVD fordert, diese bestehenden Ungleichgewichte in der medizinischen Versorgung im Rahmen einer sozialräumlichen Planung zu beseitigen. Dazu müssen die neuen politischen Einflussmöglichkeiten über die „Landeskonferenz Versorgung“ genutzt werden. Wir begrüßen, dass sich zukünftig mehr Ärzte in Hamburg niederlassen können, so dass sich die Versorgung zeitnah verbessern wird. Es kommt allerdings darauf an, dass Politik sich einerseits bei weiterbestehenden Ungleichgewichten und andererseits bei der Frage nach der Ausbildung von Ärzten einmischt.

Pflegenotstand beseitigen und Zugang zum Pflegeberuf erleichtern

Angesichts der Tatsache, dass immer mehr Menschen auf Pflege angewiesen sind, ist es dringend erforderlich, dass die Unterbesetzung mit Pflegekräften in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen schnellstmöglich beseitigt wird. Dazu müssen deutlich mehr Ausbildungsplätze geschaffen und die Arbeitsbedingungen so verbessert werden, dass der Beruf an Attraktivität gewinnt. Der Zugang von ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sollte erleichtert werden, u.a. durch die leichtere An-

erkennung von nicht in Deutschland erworbenen Qualifikationen. Auch Menschen mit Behinderung müssen die Möglichkeit bekommen, sich in Facheinrichtungen (BFW, BBW) für den Beruf zu qualifizieren.

Würdevolle Pflege sicherstellen und Wohn-Pflege-Aufsicht mit erforderlichen Ressourcen ausstatten

Pflegebedürftige Menschen sind auf kompetente Betreuung und Pflege angewiesen, weil nur so ein würdevolles Leben möglich ist. Die bezirkliche Wohn-Pflege-Aufsicht trägt dabei eine große Verantwortung. Sie soll nicht nur Senioren mit Unterstützungs- bzw. Pflegebedarf beraten, sondern auch die Betreiber von Einrichtungen bei der Erfüllung der Anforderung des Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetzes unterstützen. Missstände werden regelmäßig zu spät entdeckt. Erforderliche Kontrollen von Wohn-, Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen sowie ambulanten Pflegediensten und die Prüfung der Qualität der angebotenen Leistungen werden bisher nur ungenügend wahrgenommen.

Zur Sicherstellung einer würdevollen Pflege fordert der SoVD, dass die Wohn-Pflege-Aufsicht die Kontrollen der stationären und ambulanten Einrichtungen, so, wie diese im Hamburgischen Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetz (HmbWBG) beschrieben sind, konsequent durchführt. Hierzu ist die Wohn-Pflege-Aufsicht mit den erforderlichen Ressourcen und einer auskömmlichen Finanzierung auszustatten. In einem ersten Schritt ist eine deutliche Personalaufstockung in der Wohn- und Pflegeaufsicht angeraten. Sämtliche Maßnahmen haben zum Ziel, die Wohn- und Pflegeaufsicht zu stärken und ihren Wirkungskreis auch auf alle ambulanten Pflegedienste auszuweiten. Der Senat ist hier in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass unverzüglich einheitliche Prüfkriterien zur Umsetzung des gesetzlichen Auftrages vorgelegt werden.



© Kzenon / fotolia.com

Nachdem Anfang 2019 die jährlichen Regelprüfungen stationärer Pflegeeinrichtungen von der Wohn-Pflege-Aufsicht auf den Medizinischer Dienst der Krankenversicherung Nord (MDK Nord) übertragen wurde, muss nun gewährleistet sein, dass die Wohn-Pflege-Aufsicht die Beseitigung von Mängel sicherstellt, wenn sie bei der Prüfung erkannt wurden. Es muss geprüft werden, ob die Einrichtung einer Koordinierungsstelle im Bezirk Altona dafür ausreicht und ob sie das geeignete Instrument ist. In jedem Fall muss sichergestellt werden, dass die Wohn- und Pflegeaufsicht ihren Aufgaben, insbesondere auch bei den ambulanten Pflegediensten, nachkommen kann. Die gesetzlichen Abstimmungs- und Zusammenarbeitsvorschriften sind einzuhalten. Ein jährlicher öffentlich zugänglicher Bericht der Prüfungsergebnisse ist erforderlich.

Die bezirkliche Wohn-Pflege-Aufsicht benötigt zudem eine **aktive Öffentlichkeitsarbeit**, damit die Bürgerinnen und Bürger darüber informiert sind, dass sie Meldungen über Missstände an diese bezirkliche Aufsicht

richten können.

Pflegebedürftige und ihre Familien auch finanziell nicht im Stich lassen

Pflege ist teuer, immer seltener reicht die eigene Rente nicht aus, um die Leistungslücke der Pflegeversicherung zu schließen. Alte Menschen geraten damit zunehmend wegen der Pflegekosten in Konflikt mit ihren unterhaltspflichtigen Kindern. Ein Grund: Die Bürgerschaft hat 2010 die „einkommensabhängige Einzelfallförderung“ aus dem Landespflegegesetz gestrichen. Anders als in der Sozialhilfe war hier geregelt, dass bei der Übernahme des Investitionskostenanteils im Heimentgelt (entspricht in etwa der Kaltmiete in der eigenen Häuslichkeit) zwar das Einkommen des Pflegebedürftigen voll angerechnet wird, vom Vermögen aber 7.800 statt 2.600 Euro verbleiben und unterhaltspflichtige Kinder keinen Beitrag leisten müssen. Der SoVD fordert die **Einführung einer einkommensabhängigen Einzelfallförderung** und damit die Wiederherstellung einer bewährten Regelung.



© Arman Novic / shutterstock.com

9 Wohnungsbau und Stadt(teil)entwicklung

Nach langer Zeit ist dem Neubau von Wohnungen wieder ein höherer Stellenwert eingeräumt worden. Im Jahr 2016 wurden 7.050 Wohnungen, ein Jahr später 6.828 und 2018 10.674 Wohnungen in Neubauten fertiggestellt.³² Wir begrüßen ausdrücklich die Initiativen des Senats. Dennoch fehlt es an Sozialwohnungen und damit auch an bezahlbarem Wohnraum.

Sozialen Wohnraum planen, genehmigen, bauen und bereitstellen

Der soziale Wohnungsbau muss vor allem durch städtische und genossenschaftliche Träger energisch wiederbelebt werden. In Hamburg werden **jährlich mindestens 5.000 neue Sozialwohnungen** im ersten Förderungsweg benötigt. Dieses Ziel ist bei weitem noch nicht

erreicht. Nur ein kräftiger Schub beim Neubau von Sozialwohnungen kann die Tendenz umkehren, dass immer mehr Wohnungen aus der Mietpreisbindung fallen als hinzu kommen. Wir begrüßen ganz ausdrücklich, dass städtische Grundstücke nicht mehr verkauft werden sollen und fordern, dass darauf ausschließlich Sozialwohnungen erstellt werden. Dies soll auch für Unternehmen gelten, an denen die Stadt Mehrheitsbeteiligungen hält. Zusätzlich zum Neubau ist eine wirksame gesetzliche Mietpreisbremse dringend erforderlich. Initiativen zum schnellen Bebauen von privaten Grundstücken begrüßen wir. Eine Wohnungsbaupolitik mit sozialem Anspruch muss auch Antworten auf die Not von Obdachlosen, Frauen in Frauenhäusern und Menschen in Massenunterkünften geben.

Senioren gerechten, bezahlbaren Wohnraum schaffen

Zunehmende Pflegebedürftigkeit verschärft schon heutige Probleme. Im Dezember 2017

³² Statistikamt Nord (2018): STATISTISCHE BERICHTE Kennziffer: F II 1, 2, 4 - j 17 HH Hochbautätigkeit und Wohnungsbestand in Hamburg 2017, https://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Statistische_Berichte/arbeit_und_soziales/F_II_1_2_4_j_H/F_II_1_2_4_j17_HH_Kor.pdf; Statistikamt Nord (2019): Statistik informiert ... Nr. 65/2019, Wohnungsbau in Hamburg 2018.

bezogen in Hamburg 63.100 Personen Leistungen der Pflegeversicherung.³³ Wer älteren Menschen ein Leben in den eigenen vier Wänden ermöglichen will, muss deutlich mehr senioren-gerechte Wohnungen bereitstellen. Denn Ältere lehnen in der Mehrheit Senioreneinrichtungen ab, sie wollen ihren Lebensabend in ihrem Zuhause, in dem gewohnt und lieb gewordenen Umfeld, verbringen.

Wohnraum und Unterstützung für Obdach- und Wohnungslose

Im Zuge des Wohnungsneubaus muss auch ein deutlicher Beitrag zur Hilfe für die von Obdach- und Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen geleistet werden. Damit sich die Lage von Obdachlosen, Wohnungslosen und Frauen in Frauenhäusern verbessert und sich Wohnungslosigkeit abbauen kann, müssen diesen Menschen deutlich mehr Sozialwohnungen zur Verfügung gestellt werden. Die **Fachstelle für Wohnungsnotfälle ist personell zu verstärken**. Betroffene müssen in jedem Fall kurzfristig Hilfe erhalten. Dazu gehört auch die Begleitung und ggf. präventive Intervention bei Zwangsräumungen. Im Bereich der öffentlichen Unterbringung braucht es ausreichend dezentrale Unterkünfte, die in Größe, Ausstattung und Zusammensetzung der Bewohnerinnen und Bewohner so gestaltet sein müssen, dass die Wohnatmosphäre auch einem potenziellen Gewaltrisiko entgegenwirkt. Vor allem im Winterhalbjahr dürfen keine Engpässe an menschenwürdigen Wohnungen bzw. Übergangsunterkünften auftreten. Das Winternotprogramm muss deshalb tagsüber zugänglich sein und in Notlagen darf niemand abgewiesen werden. Der Start- und Endzeitpunkt des Winternotprogramms muss flexibel gehandhabt werden (z.B.

aufgrund wetterbedingter Umstände). Räumlichkeiten müssen bedarfsgerecht erweitert werden. Spezielle Räumlichkeiten für Schwangere, Wöchnerinnen und Frauen, die gynäkologische Eingriffe hinter sich haben, müssen bei Bedarf zur Verfügung gestellt werden.

Wohngeld anpassen – Einkommensgrenzen erhöhen

In Hamburg erhielten 11.321 Haushalte zum Jahresende 2018 Wohngeld, das einkommensschwache Bürgerinnen und Bürgern bei ihren Wohnkosten unterstützen soll.³⁴ Das Wohngeld wird für Mieterinnen und Mieter als Mietzuschuss oder für selbstnutzende Eigentümerinnen und Eigentümer als Lastenzuschuss geleistet. Der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch betrug in Hamburg 182 €³⁵ Hier bedarf es dringend der Erhöhung und Anpassung der Einkommensgrenzen, so dass mehr Menschen Wohngeld in Anspruch nehmen können.

Stromversorgung sichern: Sozialtarif und Clearingstelle einführen

Es ist ein Sozialtarif „Energie“ für bedürftige Menschen durch einen Zuschuss zu ermöglichen, soweit es nicht gelingt, eine anrechnungsfreie Ergänzung der Grundsicherung landesrechtlich zu verwirklichen. Bei Stromabschaltungen ist eine staatliche Clearingstelle einzuschalten, die für die weitere Stromversorgung sorgt und betroffenen Menschen hilft, die Probleme zu lösen.

Bezirkliche Angebote erhalten und weiter ausbauen

Für Bürger, die „aufs Amt“ müssen – etwa wegen eines neuen Personalausweises – gibt es in

³³ Statistikamt Nord (2018): Pflegebedürftige in Hamburg 2017, Statistik informiert ... Nr. 179/2018, <https://www.statistik-nord.de/zahlen-fakten/gesundheitspflege/dokumentenansicht/pflegebeduerftige-in-hamburg-2017-60843/>.

³⁴ Statistikamt Nord (2019): Wohngeld in Hamburg 2018, Statistik informiert ... Nr. 84/2019, <https://www.statistik-nord.de/zahlen-fakten/soziales/sozialleistungen/dokumentenansicht/wohngeld-in-hamburg-2018-61295/>.

³⁵ ebd.

Hamburg die bezirklichen Kundenzentren. Sie haben sich bewährt und werden von den Bürgern wegen der kurzen Wege geschätzt. Hamburg hat nur noch 19 solcher Kundenzentren.³⁶ Der Hamburger Senat und alle Fraktionen in der Bürgerschaft haben erklärt, dass keine weiteren Schließungen erfolgen werden. An dieser Aussage werden wir die Parteien messen, denn weniger Kundenzentren bedeuten für die Bürger längere Wege und längere Wartezeiten. Gerade für ältere, bewegungseingeschränkte und behinderte Menschen kann das eine erhebliche Belastung bedeuten. Die **Kundenzentren vor Ort** müssen erhalten bleiben. Eine bürgerfreundliche Verwaltung gehört in die Nähe der Bewohner. Zu einem dichten Netz von Kundenzentren gehört zusätzlich auch ein mobiler Service. **Angebote der Nahversorgung und der sozialen Versorgung** (Post, Einkaufsmöglichkeiten, Kulturangebote, Cafés, kostenfreie Einkaufshilfen etc.) sind bei allen städtebaulichen Planungen zu berücksichtigen. Der Ausbau digitaler Angebote muss dringend vorangetrieben werden. Gleichwohl gibt es aufgrund der hohen Zahl an Familien, älteren und behinderten Menschen einen großen Bedarf, die Kundenzentren als analoge Angebote weiter zu erhalten.

Soziale Einrichtungen im Bezirk verlässlich finanzieren

Die Haushaltspolitik des Senats führt an vielen Stellen zu einer Bedrohung des sozialen Lebens in der Stadt. Der Quartiersfonds der Bürgerschaft hat in den letzten beiden Jahren in vielen Fällen geholfen, schwere Schäden in der sozialen Infrastruktur zumindest vorübergehend zu verhindern. Weitere Friktionen sind jedoch absehbar. Den sozialen und soziokulturellen Einrichtungen in den Stadtteilen ist jedoch mit einem Notventil – wie dem Quartiersfonds oder den Sondermitteln bzw. der Troncabgabe – nicht geholfen. Sie brauchen

Bedingungen, die verlässlich und finanziell dauerhaft gesichert sind. Dazu gehört auch der notwendige vollständige Tarifausgleich in den Zuwendungen, sonst besteht die Gefahr, dass deren Personalausstattung bereits mittelfristig gefährdet ist.

Die bisherige zeitlich befristete Finanzierung von Projekten führt zu prekärer Beschäftigung, der begegnet werden muss. Dies geht nur über eine dauerhafte Finanzierung als Grundlage für die Einrichtungen und deren Beschäftigter. Zahlungen müssen in jedem Fall zeitnah erfolgen, damit keine Zwischenfinanzierungsproblematiken auftreten. Bürgertreffs, Community-Center und Stadteilkulturzentren wie auch die Geschichtswerkstätten sind in den Stadtteilen unverzichtbar. Initiativen zur Ausweitung und Neugründung dürfen nicht entmutigt werden, sondern brauchen Beistand und Unterstützung durch die kommunale Politik.

Der SoVD fordert, dieses Ziel im Sinne der **Ziele und Aufgaben einer integrieren sozialen Stadtteilentwicklung** weiter zu verfolgen und in allen Bezirken auszubauen. Erforderlich ist eine Mischung aus Bürgertreffs, Beratungs-, Bildungsangeboten und Freizeitgestaltung, Zentren und privaten Angeboten wie Cafés (siehe oben).

Stadtteilbeiräte verstetigen und weiterentwickeln

Im Zuge des Rahmenprogramms Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) konnte in den Bezirken positive Erfahrungen mit neuen Formen der Bürgerbeteiligung gemacht werden. Insbesondere die Stadtteilbeiräte haben sich vielerorts bewährt, wenn sie ehrenamtliches Engagement und professionelle Kompetenz im Stadtteil erfolgreich miteinander ins Gespräch brachten. Sie sind jedoch ohne die

³⁶Freie und Hansestadt Hamburg (2019): Kundenzentren Hamburg <http://www.hamburg.de/kundenzentrum/>.

städtebaupolitische Förderkulisse des RISE nicht aufrecht zu erhalten. Deshalb sollten die Bezirke bzw. die Bezirksversammlungen in die Lage versetzt werden, Stadtteilbeiräte auch in eigener Zuständigkeit einzusetzen und finanziell auszustatten. Damit könnte nicht nur eine wichtige Weiterentwicklung kommunaler Demokratie ermöglicht werden, sondern auch ein wesentlicher sozialpolitischer Impuls zur sozialräumlichen Gestaltung der Stadtteile gesetzt werden. Die erfolgreiche Arbeit bestehender Stadtteilbeiräte darf aber nicht durch Stellenstreichungen der bezirklichen Gebietskoordinatoren gefährdet werden.

Grünflächen in den Quartieren erhalten

Die Bezirke stellen Bebauungspläne auf und sorgen auch für die Gestaltung und Pflege öffentlicher Freiräume und Spielflächen. Sie nehmen damit nicht nur einen bedeutenden Einfluss auf die Stadtentwicklung, sondern auch auf die Möglichkeit der Bürger, ihre Grün- und Spielflächen im Alltag zu genießen. Die Lebensqualität in den Stadtteilen darf sich nicht allein am bezahlbaren Wohnraum orientieren.

Grünflächen und Schulhöfe sind keine Reservelächen für den Wohnungsbau. Unversiegeltes Grün, Baumflächen und Parks haben Erholungswert, verbessern Luft- und Kleinklima und sind unverzichtbare Begegnungsstätten. Sport und Freizeitaktivitäten können sich vor Ort entwickeln, so dass auch Familien, sowie arme, alte, behinderte und bewegungseingeschränkte Menschen profitieren können. Insofern ist ökologische Politik auch zugleich Sozialpolitik. Wir fordern daher eine Politik vor Ort, die auch auf die Entfaltung und Erholung im Grünen setzt. Der mit dem NABU ausgehandelte Vertrag ist strikt einzuhalten und die Einhaltung zu kontrollieren.

Auch darf die Bebauung der Magistralen nicht zu einem völlig veränderten Stadtbild ohne Grün und Bäume, mit schluchtenähnlicher Bebauung führen. In diesem Zusammenhang wäre es auch hier angezeigt, die Versäulung von Maßnahmen aufzuheben. RISE sollte von vornherein mit anderen Maßnahmen verbunden werden, so dass eine komplexe Stadtentwicklung mit der sozialen Entwicklung verbunden werden kann.

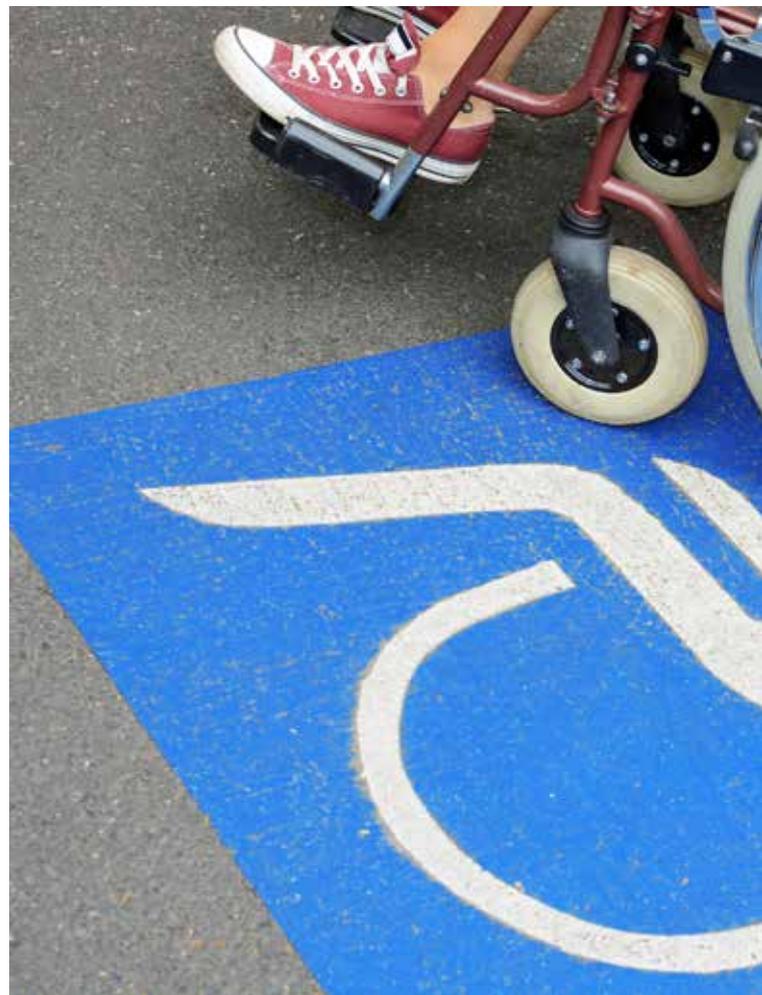


10 Mobilität

Mobilität ist eine maßgebliche Voraussetzung für soziale Teilhabe. Die Steigerung der Bevölkerungszahl, die Verdichtung von Wohngebieten, der Neubau von Wohnungen, die zusätzliche Ansiedlung von Gewerbe- und Industrie sowie der zunehmende Pendlerverkehr und die Abkehr von Beförderungsmitteln, die nicht umweltverträglich sind, müssen berücksichtigt werden, damit ein alltagstaugliches Mobilitätsangebot zur Verfügung steht. Auch darf auf der Straße nicht das „Recht des Stärkeren“ gelten.

Mobilität sicher und barrierefrei gestalten

Geh- und Radwege müssen instandgesetzt, zuverlässig geräumt und besser beleuchtet werden. Denn nicht nur Menschen mit Behinderung sind auf eine barrierefreie Stadt angewiesen. Nach der Unfallstatistik 2017 waren 987 der Verunglückten im Straßenverkehr 65 Jahre und älter. Zehn Seniorinnen und Senioren starben, 160 wurden schwer und 817 leicht verletzt.³⁷ Alte Menschen tragen nach einfachen Stürzen oft schwere Verletzungen davon. Deshalb ist der teils miserable Zustand vieler Gehwege für sie eine ernste Gefahr. Wer auf den Rollator oder den Rollstuhl angewiesen ist, kann gebrochene Gehwegplatten und Pfützen nur schwer bewältigen. Es fehlt offenbar die regelmäßige Kontrolle durch **bezirkliche Wegewarte**. Der »Online-Wegewart« ist eine gute Ergänzung, jedoch kein hinreichender Ersatz. Nicht länger akzeptabel ist auch die mangelhafte Beleuchtung der Gehwege. Katastrophal wird es bei Schneefall und unklaren Räumpflichten wie z.B. auf Brücken, wo die Gehweg – mangels Anliegern – oft überhaupt nicht geräumt werden. Nicht nur in der Innenstadt, sondern auch in den Wohnvierteln muss das Falschparken



auf Geh- und Radwegen konsequent geahndet werden. Hier ist auch eine bundesrechtliche Initiative zur Anhebung der Bußgelder in städtischen Gebieten angezeigt.

Für ältere Menschen mit Beeinträchtigung oder Behinderung ist das Überqueren von Straßen mit Fahrrad- und Autoverkehr eine große Herausforderung. Fußgängern muss wieder mehr Priorität eingeräumt werden, damit sie nicht unübersichtlichen Gefahren ausgesetzt sind. Insbesondere müssen mehr bedarfsorientierte und mobile Ampeln sowie Sprunginseln installiert werden, um mehr Sicherheit zu garantieren.

³⁷ https://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Statistische_Berichte/verkehr_umwelt_und_energie/H_I_1_j_H/H_I_1_j-17_HH.pdf 3



© Dan Race / fotolia.com

Sozialer öffentlicher Personennahverkehr

Ohne öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sind die meisten Menschen in der Stadt nur eingeschränkt mobil. Der SoVD fordert die Stärkung des ÖPNV, der jeden Stadtteil erreicht und der für alle bezahlbar ist. Die Landespolitik hat dabei die Aufgabe, die richtigen Bedingungen für diesen sozialen ÖPNV zu schaffen: Günstige Fahrpreise zählen ebenso dazu wie ein **kostenfreier Sozialtarif für bedürftige Menschen** aller Altersgruppen ohne Einschränkungen. Dazu gehören auch der barrierefreie Ausbau sowie Großinvestitionen

zum Linienausbau – nicht nur zur Erschließung neuer Immobilienvorzeigeprojekte wie der Hafen-City. Das Busbeschleunigungsprogramm muss weiter modifiziert werden. Haltestellen müssen sich dort befinden, wo sie erforderlich sind und mit Regenschutz und Sitzbank ausgestattet werden. Der Ausbau des schienengebundenen Nahverkehrs hat dennoch Priorität. Zubringertaxisysteme müssen ausgebaut und für alle erreichbar sein, auch wenn nicht ausreichend Internetkompetenz bei den Nutzern vorliegt. Für behinderte und eingeschränkte Menschen erleichtern **Ruftaxis und Rufbusse** mit umweltfreundlichen Antriebssystemen sowie **Abholdienste** zum ÖPNV-Preis die Nutzung des ÖPNV ganz wesentlich.

Dass vorhandene Liniennetz muss durch fußläufige Erreichbarkeit der Haltestellen verbessert und durch Streckenausbau sowie die Anbindung der Stadtteile, die bisher noch ohne Schnellbahnanschluss sind, erweitert werden.

Mehr öffentliche, barrierefreie Toiletten

Zum öffentlichen Raum gehören erreichbare öffentliche Toiletten. Sie müssen durch sichtbare Ausschreibungen besser auffindbar sein. Ihre Öffnungszeiten sollten sich an den üblichen Öffnungszeiten im Einzelhandel und in der Gastronomie sowie an Freizeitverhalten und Urlaubszeiten orientieren. Und sie müssen so gepflegt werden, dass ihr hygienischer Zustand stets einwandfrei ist. Nach Auskunft der Stadtreinigung Hamburg betreibt die Freie und Hansestadt nur noch 130 der insgesamt 230 öffentlichen WC-Anlagen (Stand 02/2019). Bei Großveranstaltungen (z.B. Hafengeburtstag und Konzerten im öffentlichen Raum) muss es selbstverständlich sein, dass ausreichend barrierefreie Toiletten mit entsprechender Ausschreibung vorhanden sind.

Hamburg als starke soziale Stimme im Bund

Sozialpolitik ist in weiten Bereichen Bundespolitik. Hamburg braucht deshalb eine starke soziale Stimme im Bund. Vom Hamburger Senat erwarten wir erfolgreiche Gesetzesinitiativen im Bundesrat zu den drängenden sozialpolitischen Aufgaben der nächsten Jahre:

- Solidarische Steuerreform, um für einen umfassenden sozialen Ausgleich in unserer Gesellschaft zu sorgen, die Finanzierung öffentlicher Aufgaben zu sichern und die vorhandenen finanziellen Ressourcen besser zu verteilen. Erforderlich sind Änderungen im Steuerrecht, die sicherstellen, dass die Finanzstarken entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit an der Finanzierung der öffentlichen Aufgaben beteiligt werden.
- Kinderarmut verhindern: Kinderrechte in die Verfassung einbringen, Einführung einer eigenständigen Kindergrundsicherung, Bildungsmöglichkeiten verbessern, Einkommen der Eltern erhöhen
- In der Rentenpolitik muss der wachsenden Altersarmut durch Anhebung und Stabilisierung des Rentenniveaus, der Einführung einer Grundrente nach dem Vorbild der Rente nach Mindestentgeltpunkten ohne Bedürftigkeitsprüfung sowie Freigrenzen in der Grundsicherung für Ansprüche aus der gesetzlichen Rente begegnet werden. Ziel muss eine Erwerbstätigenversicherung sein.
- Hartz IV zugunsten eines einheitlichen Arbeitslosensystems, das Armut verhindert, abschaffen. Ziel muss eine Erwerbstätigenversicherung sein.
- Grundsicherung an die tatsächlichen Bedarfe anpassen und bedarfsgerecht ausgestalten. Durch kräftige Anpassung des Wohngelds steigende Mieten und Energiepreise auffangen.
- Konsequente Reformen auf dem Arbeitsmarkt: Reduzierung der prekären Beschäftigung und des Niedriglohnssektors, Abbau der Mini- und Midi-Jobs, Abbau von Zeitarbeitsverhältnissen, Reduzierung von Teilzeitarbeitsverhältnissen, Befristungen auf einen Kern reduzieren.
- Weitere Verbesserung und Ausbau eines sozialen Arbeitsmarktes und wirksame Programme zur Unterstützung langzeitarbeitsloser und behinderter Menschen.
- Pflege menschlicher machen und zu einem solidarischen System ausbauen (Bürgerversicherung). Pflegenotstand aktiv angehen und die Erwartungen der Bürger an die Pflegeversicherung im Pflegefall nicht enttäuschen.
- Weiterer Ausbau der Krankenversicherung zu einem System, das solidarisch für alle die Krankheitsrisiken absichert (Bürgerversicherung).
- Eingliederungshilfe (Bundesteilhabegesetz) weiter reformieren, so dass Menschen mit Behinderung vor Armut geschützt werden.



Pflege
Berufsunfähigkeit
Pflegefall
Behinderung
Arbeitslosigkeit
Altersarmut



Wir helfen!

Mit unserem Sozial-Rechtsschutz und qualifizierter Beratung stehen wir unseren Mitgliedern vor Ort mit Rat und Tat zur Seite.

Auch in Ihrer Nähe!

Erfahrene Fachjuristinnen und -juristen klären auf, beleuchten persönliche Problemlagen – und helfen, Ihr gutes Recht durchzusetzen.

**Individuell.
Engagiert.
Zuverlässig.
Seit über 100 Jahren.**

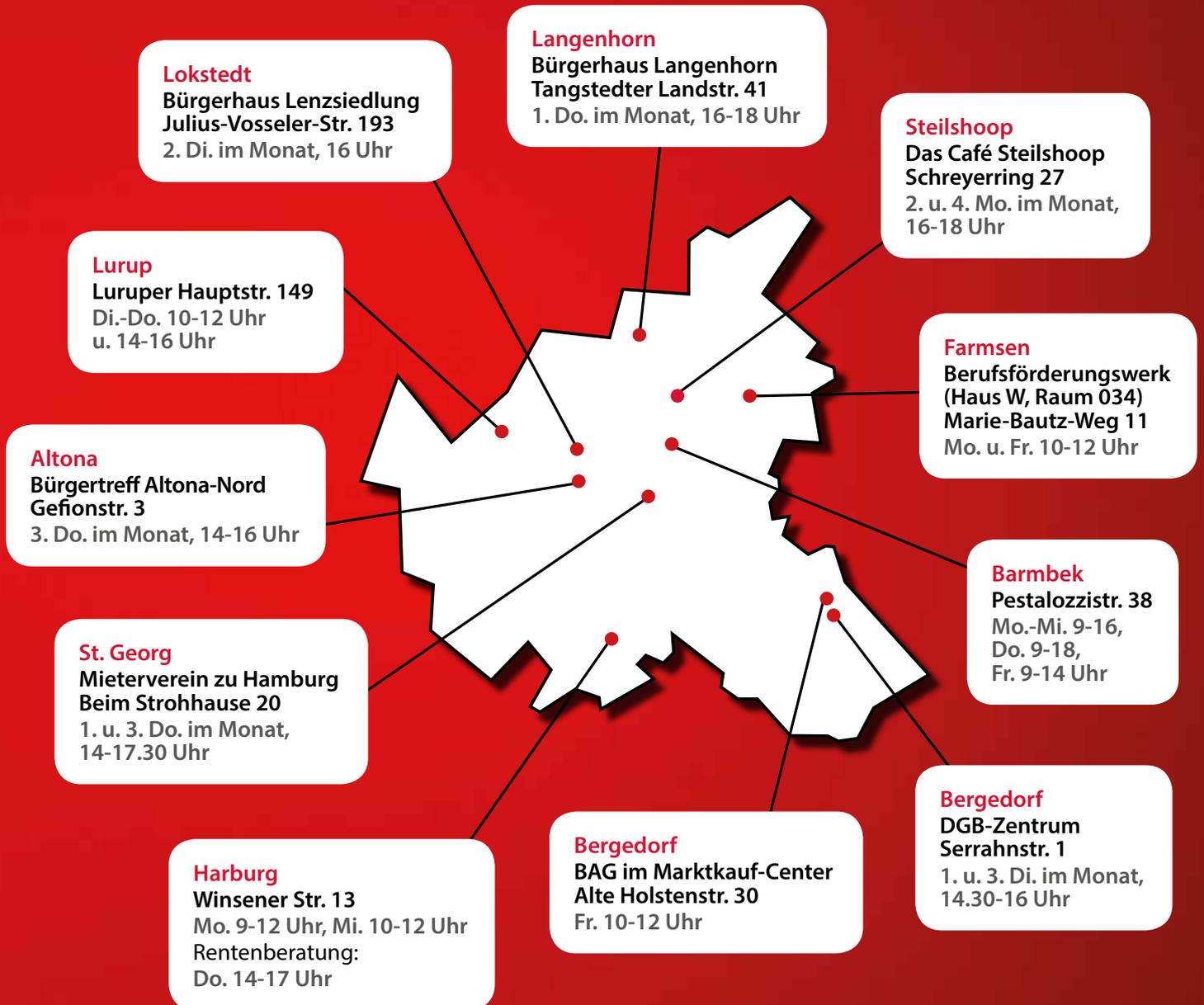


Telefon: 040 / 611 60 70
eMail: info@sovd-hh.de

sovd-hh.de · Ihr Partner in sozialen Fragen

Mit Rat und Tat an Ihrer Seite

Der SoVD hilft seinen Mitgliedern bei Fragen und Problemen rund um alle Sozialleistungen: Wir lassen Sie wissen, was Ihnen zusteht, unterstützen bei Anträgen, prüfen Bescheide und kämpfen im Fall der Fälle in Widerspruchs- oder Klageverfahren für Ihr gutes Recht. Mehr noch: Als großer sozialpolitischer Interessenverband engagiert sich der SoVD nachdrücklich für Ihre soziale Sicherheit und mehr soziale Gerechtigkeit – denn die wachsende Altersarmut, ungleiche Bildungschancen oder eine würdevolle Pflege gehen uns alle an!



Tel.: 040 / 611 60 70
eMail: info@sovd-hh.de
sovd-hh.de